Bern, 31. Mai 2021

Sommersession 2021: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Ständerates

<u>AvenirSocial</u> ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit und vertritt die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Sommersession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie hier.

<u>21.3295</u> – Interpellation «Politische Rechte für Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung» respektive <u>21.3296</u> – Postulat «Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können» Behandlung am Dienstag, 8. Juni 2021

Empfehlung: Annahme

Gemäss der UN-Behindertenrechtskonvention müssen Hürden für Menschen mit Behinderungen abgebaut werden, damit sie am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und auch politischen Leben teilnehmen können. Damit geht es also um politische Rechte, sprich das Recht, an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen zu können. Die Interpellation und das Postulat möchten die Grundlagen dafür schaffen und wir empfehlen sie im Sinne der Diskriminierungsfreiheit dringend zu Annahme.

19.073 – Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zum Schutz der Menschenrechte sowie 19.3610 – Motion «Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte»

Behandlung am Dienstag, 8. Juni 2021 Empfehlung: Annahme

AvenirSocial begrüsst seit jeher die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) auf Basis eines Bundesgesetzes. Für die Soziale Arbeit sind die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit fundamental. AvenirSocial engagiert sich für den Aufbau von institutionalisierten Strukturen, die die Umsetzung der menschenrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz überprüft. Der Aufbau einer nach «Pariser Prinzipien» unabhängigen

Menschenrechtsinstitution kommt diesem Anliegen nach. Eine geregelte langfristige Finanzierung muss zwingend gewährleistet sein.

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) ist die einzige Institution in der Schweiz, die sich bereichsübergreifend und interdisziplinär mit menschenrechtlichen Themen auseinandersetzt. Bis die Errichtung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution Realität ist, fordert die erwähnte Motion, dass die SKMR weiterlaufen und funktionsfähig bleiben soll. Dieses Bestreben unterstützen wir und empfehlen Ihnen deshalb beide Geschäfte zur Annahme.

Für weitere Informationen verweisen wir auf die jüngste Stellungnahme von humanrights.ch.

Zur Vernehmlassungsantwort von AvenirSocial aus dem Jahre 2017.

20.3420 - Motion «Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen»

Behandlung am Donnerstag, 10. Juni 2021 Empfehlung: Annahme

In der Schweiz leben und arbeiten zahlreiche Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung. Diese können aufgrund ihres Status weder von Lohnersatzmassnahmen noch von der ordentlichen Sozialhilfe profitieren. Die Motion verlangt vom Bundesrat, eine pragmatische Lösung, um die Organisationen, die sich um Menschen ohne rechtlich geregelten Status kümmern, zu unterstützen. AvenirSocial empfiehlt die Motion zur Annahme.

21.3111 - Motion «Schweizer Bürgerrecht für Menschen, die in der Schweiz geboren wurden (ius soli)»

Behandlung am Mittwoch, 16. Juni 2021

Empfehlung: Annahme

AvenirSocial vertritt die Ansicht, dass wir da, wo unser Lebensmittelpunkt ist, wo wir leben,uns bilden und arbeiten, mitbestimmen sollen bei Themen, die ebendiesen betreffen. So unterstützen wir die Forderung der Motion, dass wer in der Schweiz geboren wurde und in diesem Land aufwächst, einen einfachen Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten haben muss und somit als vollwertiges Mitglied der schweizerischen Gesellschaft anerkannt wird.

Die Geschäfte 21.3112 (Motion «Die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation erleichtern») sowie 21.3191 (Interpellation «Erleichterte Einbürgerung der Eheleute von bereits eingebürgerten Personen») sind auch für den 16. Juni traktandiert und wir empfehlen sie ebenfalls zur Annahme.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen